

Unsere regionale Landwirtschaft braucht Schutz - Forderungen an die Landespolitik

Die Brandenburger Landwirtschaft ist in den vergangenen Jahren massiv unter Druck geraten. Immer weitergehende Auflagen, Flächenverluste, Ertragsrückgänge und ein schwindender Anteil an der Wertschöpfung, stellen einzelne Betriebszweige und ganze Betriebe vielfach vor die Existenzfrage.

Immer mehr Betriebe sind nicht in der Lage, dringend notwendige Investitionen vorzunehmen und finanziell attraktive Arbeitsplätze zu bieten. Es findet eine schleichende, sich beschleunigende Auszehrung statt. Diese Entwicklung gefährdet auch die Stabilität im ländlichen Raum, den Erhalt der Kulturlandschaft und vor allen Dingen eine regionale Versorgung, wie sie von der Brandenburger und auch Berliner Bevölkerung gewünscht ist.

Der Landesbauernverband Brandenburg e.V. fordert von der Politik Rahmenbedingungen, die den Betrieben eine Zukunft geben!

Forderung 1

Regionale Versorgung sichern

- die Kuh gehört dazu und Schweinehaltung retten -

Der Bestandsabbau in der Tierhaltung muss gestoppt werden, um dem Kreislaufgedanken der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Regionale Tierhaltung bedeutet nicht nur regionale Versorgung mit tierischen Produkten wie Fleisch, Käse und Milch, sondern auch eine Versorgung der Böden mit betriebseigenen Nährstoffen und eine angepasste Grünlandpflege, was letztlich dem Humusaufbau und damit direkt dem Klimaschutz dient.

Der LBV fordert:

- ✓ eine 100 % Förderung für nichtproduktive Investitionen wie Lagerkapazitäten für Wirtschaftsdünger oder Emissionsminderungsmaßnahmen, wie den Filtereinbau oder Güllelagerabdeckung. Zudem ist eine verbesserte Förderung für Siloplatten notwendig.
- ✓ eine 100 % Förderung für Anpassungsmaßnahmen in der Kälberhaltung auf Grund der Änderung der Tierschutztransportverordnung
- ✓ Tierwohlverbesserungsmaßnahmen in bestehenden Ställen sind von einem dafür notwendigen Genehmigungsverfahren freizustellen.
- ✓ Die Investitionsförderung ist deutlich zu erhöhen und der Zugang zu den Mitteln zu vereinfachen und endlich unbürokratischer zu gestalten. Bei massiven Baupreiserhöhungen wie in den vergangenen Monaten müssen die Förderbeträge angepasst werden können. Genehmigungsverfahren müssen insgesamt beschleunigt werden.

- ✓ Für die Weidetierhaltung wird eine gesonderte Weidetierhalterunterstützung gefordert sowie die Wiederaufnahme einer dauerhaften 100 % Förderung bei Präventionsmaßnahmen gegen Wolfsübergriffe.

Für von der ASP betroffene Schweinehalter fordert der LBV insbesondere:

- ✓ Einsatz des Landes für einen vollumfänglichen Verlustausgleich und für die Dauer der Restriktionen eine Übernahme der ASP bedingten Mehrkosten für Veterinäruntersuchungen und erhöhten Transportkosten ohne de minimis Begrenzung.
- ✓ Eine Überbrückungshilfe für Betriebe, die vorübergehend auf eine Einstellung verzichten oder die Ferkelerzeugung reduzieren bzw. eine temporäre Betriebszweigaufgabe vornehmen. Ein problemloser Wiedereinstieg muss ermöglicht werden.
- ✓ Die Koordinierung von Präventionsmaßnahmen (Zaunbau und Schwarzwildbejagung) muss verbessert werden, um Unklarheiten und verschiedene Vorgehensweisen zu verhindern. Es muss umgehend eine Vermarktungsstrategie für Hausschweine aus den Restriktionszonen erarbeitet und umgesetzt werden.
- ✓ Für die Dauer der ASP soll das Land die vollen Tierkörperbeseitigungskosten übernehmen und sich stärker an den Kosten für die Tierseuchenkasse beteiligen.

Ziel der Landespolitik muss es sein, dass kein Betrieb auf Grund der ASP die Schweinehaltung und Ferkelerzeugung dauerhaft einstellt.

Forderung 2

Agrarumweltleistungen fair bezahlen - keine Dumpingangebote und Hände weg von der Ausgleichszulage

Die Landwirte erbringen in einem erheblichen Umfang öffentliche Leistungen. Mit der neuen EU-Agrarförderung werden die Agrarumwelt- und Klimaanforderungen und -ziele weiter verschärft. Diese Ziele werden sich nicht durch bloße Stilllegungsmaßnahmen erreichen lassen, sondern bedürfen begleitender ausfinanzierter Agrarumwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Trotz höherer Anforderungen werden die Zahlungen reduziert werden. Das oft formulierte Bekenntnis „öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ und „die Landwirtschaft soll mit Umweltleistungen Geld verdienen“ wird durch diese Entwicklung konterkariert.

Auch ist die Bewirtschaftung in Brandenburg aufgrund klimatischer und geologischer Gegebenheiten herausfordernder als in weiten Teilen Deutschlands. Zur wirtschaftlichen Stabilität der Betriebe, auch in besonders schwierigen Jahren, trägt die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete als ein wichtiger Teil der GAP bei. Sie ist insofern ein besonderer Aspekt der sozialen Nachhaltigkeit, da sie Arbeitsplätze direkt sichert. Genauso entscheidend ist dabei, dass keine weiteren, vor allem finanzielle, Beschwerden der Landwirtschaft durch das Land selbst auferlegt werden. Zu nennen sind dabei unter anderem die Beiträge zu den IHK: Landwirtschaft ist weder Gewerbe noch Industrie und ist daher auszunehmen, soweit die Aufgaben von anderen Strukturen erfüllt werden.

Daher erwartet die Brandenburger Landwirtschaft von der Brandenburger Politik:

- ✓ ein verbrieftes Bekenntnis zur Fortführung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete über das Jahr 2024 hinaus für die gesamte Förderperiode.

- ✓ ein breites Angebot an Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, das allen Betrieben offen steht und mit Landesmitteln kofinanziert wird.
- ✓ bewährte Programme wie das Blüh- und Ackerrandstreifenprogramm sind fortzuführen und die Kulissenbindung aufzuheben.
- ✓ Neben den Extensivierungsprogrammen sind produktionsintegrierte Programme zur Verbesserung der Biodiversität und zur CO²-Bindung anzubieten. Dazu gehören die Fruchtartendiversifizierung und die Unterstützung von Mulch- und Direktsaatverfahren, sowie ein Leguminosen-Förderprogramm.
- ✓ den Einsatz für einen Ausgleich der Bewirtschaftungseinschränkungen an Gewässerrändern.

Forderung 3

Zukunft der Landwirtschaft sichern

- regionale Wertschöpfung verbessern -

Um die Situation und Wertschöpfung der Landwirtschaft insgesamt zu verbessern und den Kreislaufgedanken zu fördern, erwartet der LBV ernsthaftere Bemühungen, den *Neuen Brandenburger Weg* umzusetzen. Eine Fokussierung auf den Ökobereich sieht der LBV als nicht ausreichend an, da er mehr als 90 % der Produktion ausschließt.

Die Brandenburger Landwirtschaft braucht:

- ✓ eine aktive Ansiedlungspolitik für die verarbeitende Lebensmittelindustrie, angefangen von Schlachthöfen über Molkereien und Getreideverarbeiter.
- ✓ schnellere Genehmigungsverfahren sowie die Bereitstellung von geeigneten Flächen und eine Brandenburger Willkommenskultur.
- ✓ für bereits bestehende regionalen Direktvermarkter und Schlachtereien eine höhere Förderung bei Erweiterungs- bzw. Ausbaumaßnahmen als die gegenwärtig angebotenen 20 %.
- ✓ konkrete Schritte für die Umsetzung des *Neuen Brandenburger Weges* und eine Transformationsagentur, die die notwendigen Maßnahmen koordiniert.
- ✓ die Einführung eines Regionalsiegels, das die Kriterien für einen Brandenburger Tierwohlstall erfasst. Bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand sind regionale Produkte angemessen zu berücksichtigen.
- ✓ eine Nutztierstrategie für das Land Brandenburg, um den Tierhaltern eine Perspektive zu geben und diesen wichtigen Zweig der Landwirtschaft zu stärken.
- ✓ den Einsatz der Landesregierung auf Bundesebene zur Umsetzung des Artikels 148 der Gemeinsamen Marktordnung.

Potsdam, den 18.11.2021